

# Ein starker Rechtsstaat für die Sicherheit unserer Bürger

## Erklärung der Innen- und Justizministerinnen und -minister von CDU und CSU

1. Am 1. September 2017 haben der Bundesinnenminister und die Innen- sowie die Justizministerinnen und -minister aus Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, dem Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein **aktuelle innen- und rechtspolitische Herausforderungen** erörtert.

Wir sind in der Innen- und Rechtspolitik die treibende Kraft. Wir haben in den letzten Jahren hart dafür gekämpft, erkannte Schutzlücken zu schließen und Verbesserungen für die Sicherheit unserer Bürger durchzusetzen. Dank unseres hartnäckigen Drängens konnten wir ein deutliches „Mehr“ an Sicherheit für unsere Bürger erreichen, so dass Deutschland eines der sichersten Länder der Welt bleibt.

2. Eine **optimale Zusammenarbeit von Bund und Ländern**, insbesondere von Polizei, Nachrichtendiensten und Justiz ist der entscheidende Erfolgsfaktor für die Sicherheit in unserem Land. Es darf keine Zonen unterschiedlicher Sicherheit geben. Wir werden **weiter Polizei und Sicherheitsbehörden personell und mit modernster Ausstattung stärken**, um Kriminalität, insbesondere Organisierte Kriminalität, grenzüberschreitende Bandenkriminalität, Terrorismus und Extremismus noch erfolgreicher zu bekämpfen: Wir wollen modernste Technik (z.B. intelligente Videotechnik zur Fahndung mit Gesichtserkennung), zeitgemäße Befugnisse, eine enge Kooperation der Sicherheitsbehörden und nicht zuletzt eine moderne Datenpolitik voranbringen, die Sicherheitsinteressen und Datenschutzbelange in einen angemessenen Ausgleich bringt. Im Bereich der Internetkriminalität brauchen wir eine digitale Agenda für das Recht, um unsere Strafrechtsordnung an das Internetzeitalter anzupassen. Wir brauchen außerdem eine **Cybersicherheitsarchitektur**, die unter dem Dach eines schlagkräftigen Cyberabwehrzentrums alle staatlichen Akteure wie auch die Bundeswehr eng verzahnt und die Zusammenarbeit mit Wirtschaft und Wissenschaft weiter stärkt.

3. Europa ist Zielscheibe des **islamistischen Terrorismus**. Das Attentat von Barcelona hat uns das erneut dramatisch vor Augen geführt. Islamistischen Terrorismus werden wir weiterhin **kompromisslos bekämpfen** - mit Repression und Prävention. Wir werden insbesondere dafür Sorge tragen, dass Gefährder umgehend abgeschoben werden und sehen uns durch die aktuelle Rechtsprechung in unserer Auffassung bestärkt.

Aber **auch Rechts- und Linksextremismus** stellen unsere Demokratie in Frage: Die brutale Gewalt auf den Straßen Hamburgs beim G20-Gipfel hat uns das erschreckende Gewaltpotential gezeigt, das von Linksextremisten ausgeht. Gegen den Linksextremismus werden wir in gleicher Entschiedenheit wie gegen den Rechtsextremismus vorgehen. Prävention und Deradikalisierung werden wir in gleichem Maße stärken.

Durch eine Erweiterung des Straftatbestands des **Landfriedensbruchs** werden wir dafür sorgen, dass sich künftig nicht nur diejenigen strafbar machen, die - auch zum Schaden friedlicher Demonstranten - selbst Gewalt ausüben, sondern auch diejenigen, die sich bewusst einer gewalttätigen Menge anschließen und die Angreifer unterstützen, indem sie ihnen Schutz in der Menge bieten. Vorbereitungs- und Rückzugsorte linker Gewalt wie die „Rote Flora“ in Hamburg oder die Rigaer Straße in Berlin können wir in unserem Rechtsstaat nicht tolerieren.

**Vermummung** dient Straftätern bei Demonstrationen im „Schwarzen Block“ - also Steinewerfern, Stahlkugelschützen und anderen Angreifern - als Schutz vor Strafverfolgung. Für einen friedlichen Demonstrationsteilnehmer gibt es keinen Grund, sein Gesicht zu verbergen. Forderungen, wonach das Vermummungsverbot von einer Straftat zu einer Ordnungswidrigkeit herabgestuft wird, lehnen wir daher entschieden ab.

Ebenso ist **Gewalt im Sport** nicht tolerierbar. Vereine und Fans müssen sich deutlich und unmissverständlich von denjenigen distanzieren, die den Fußball als Bühne für Straftaten und Gewaltexzesse nutzen. Völlig unverständlich sind Vorschläge, Pyrotechnik in Stadien zuzulassen.

4. Unsere Staatsanwaltschaften und Gerichte leisten hervorragende Arbeit. Mit Blick auf die gestiegenen Herausforderungen wollen wir die personelle und materielle **Ausstattung der Justiz verbessern**.

Wir haben das **Strafprozessrecht** weiter entwickelt und den Instrumentenkasten unserer Strafverfolger modernisiert. Bei unseren Erfolgen bleiben wir jedoch nicht stehen: Wir wollen das Strafverfahren noch effektiver machen und beschleunigen. Wir brauchen daher in der neuen Legislaturperiode eine **weitere Reform der Strafprozessordnung**. Wir werden moderne kriminalistische Methoden für unsere Strafverfolgungsbehörden verbessern, indem wir z.B. die Auswertungsmöglichkeiten von DNA-Spuren (z.B. auf Hautfarbe, Haarfarbe und biogeographische Herkunft) erweitern. Die Verkehrsdatenspeicherung und -erhebung muss unter Berücksichtigung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs und etwaiger Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts soweit erforderlich zügig neu ausgestaltet und dabei zugleich erweitert werden (z.B. durch eine Verlängerung der Speicherfrist).

5. Noch **bestehende Schutzlücken im materiellen Strafrecht** wollen wir **schließen**. Gerade angesichts der jüngsten menschenverachtenden Anschläge islamistisch motivierter Täter ist es nicht hinnehmbar, dass terroristische und kriminelle Vereinigungen auf unseren Straßen und Plätzen ungestraft für ihre Ziele werben können. Die **Sympathiewerbung** für solche Vereinigungen muss wieder unter Strafe gestellt werden. **Parallelgesellschaften** werden wir **nicht dulden** - unser Recht, unsere Werte, unsere Prinzipien gelten. Einen „kulturellen Rabatt“ bei der Strafzumessung, etwa bei einem religiös motivierten Ehrenmord, darf es nicht geben.
6. Wir stehen für einen starken Staat, der die Verantwortung für die Sicherheit und den Schutz seiner Bürger ernst nimmt. **Sicherheit in Freiheit braucht Ordnung**. Deshalb treten wir dafür ein, dass bestehende Regelungen konsequent angewandt und Verstöße konsequent verfolgt werden. Rechtsfreie Räume wird es mit uns nicht geben.